Öffentlich-rechtlicher Vertrag
über die Leistung von Ausgleichszahlungen
für über die Gemeindegrenzen hinausgehende,
inselweite Tourismusaufwendungen

Zwischen

den Gemeinden Alkersum, Borgsum, Dunsum, Midlum, Nieblum, Oevenum, Oldsum, Süderende, Utersum, Witsum und Wrixum

vertreten durch die jeweilige Bürgermeisterin oder den jeweiligen Bürgermeister,

- nachfolgend auch Gemeinden -

und

der Stadt Wyk auf Föhr,

vertreten durch den Bürgermeister,

- nachfolgend auch Stadt -

wird der folgende öffentlich-rechtliche Vertrag geschlossen:

Präambel

Seit dem 01.02.1995 sind sämtliche Gemeinden auf der Insel Föhr als Erholungsort anerkannt, soweit sie nicht bereits vorher als Seebad oder Heilbad anerkannt waren. Voraussetzung dieser Anerkennung ist unter anderem die Möglichkeit der Mitnutzung touristischer Einrichtungen anderer Inselgemeinden oder der Stadt Wyk auf Föhr (Badestrände, Familienbad usw.).

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Die Stadt und die Gemeinden gestatten sich eine gegenseitige Mitnutzung der eigenen touristischen Einrichtungen zu inselweit einheitlichen Konditionen für alle Gäste und Bewohner der Insel Föhr. Zum Ausgleich der von den einzelnen Gemeinden und der Stadt hierfür zu tragenden unterschiedlichen Aufwendungen und wegen der voneinander abweichenden Strukturen mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Erschließung von Einnahmen im Rahmen der Tourismusförderung werden von den Gemeinden Ausgleichszahlungen an die Stadt gezahlt.

§ 2

Berechnung der Ausgleichszahlungen

(1) Die Höhe der Ausgleichszahlungen ist an den Vor- und Nachteilen zu bemessen, die der Stadt und den Gemeinden dadurch entstehen, dass sie Tourismuseinrichtungen (z.B. Badestrände, Familienbad usw.) inselweit vorhalten müssen oder dass diese Einrichtungen der Stadt und der Gemeinden von Gästen und Bewohnern anderer Gemeinden mitgenutzt werden dürfen. Zudem sollen mit den Ausgleichszahlungen die unterschiedlichen Strukturen der zwölf politischen Inselgemeinden harmonisiert werden.

(2) Grundlage der Berechnung sind die im Vertrag vom 30.07.2015 getroffenen Vereinbarungen zur Mitfinanzierung des Familienbades, die im Vertrag vom 30.07.2015 getroffenen Vereinbarungen über die Aufteilung der von den als Erholungsort anerkannten Gemeinden an die Kurorte zu zahlende Entschädigung für die Mitnutzung des Strandes und die sich aus den Ergebnisrechnungen zur Kalkulation der Tourismusabgaben ergebende Kostenüber- bzw. Kostenunterdeckung.

(3) Zur Ermittlung der Kostenüber- bzw. Kostenunterdeckung werden als Tourismusaufwendungen die Durchschnittswerte der fünf dem Ausgleichsjahr vorausgehenden Jahresabschlüsse, hilfsweise die der aktuellen Buchhaltung am Berechnungstichtag entnommenen vorläufigen Abschlusswerte, in die Berechnung genommen. Davon werden in Abzug gebracht:

- a) Die aus den nach Satz 1 errechneten durchschnittlichen Aufwendungen, die von der jeweiligen Gemeinde selbst aus eigenen Haushaltsmitteln als Mindestbeteiligung am kommunalen Tourismusaufwand aufzubringen wären,
- b) die Summe der im Durchschnitt der in den fünf dem Ausgleichsjahr vorausgehenden Jahren erzielten kommunalen Einnahmen im Tourismusbereich (Gebühren, Entgelte, Erlöse, Eintrittsgelder usw.) sowie
- c) die im Ausgleichsjahr gemäß aktueller Vorkalkulation zu erwartenden Einnahmen aus Kurabgaben.

(4) Gemeinden, in denen sich aus der Berechnung nach Absatz 3 eine Kostenüberdeckung ergibt (Gebergemeinden), haben diese anteilig an die Gemeinden abzugeben, in denen sich aus der Berechnung nach Absatz 3 eine Kostenunterdeckung ergibt (Nehmergemeinden).

(5) Ausgleichszahlung ist der Saldo aus der Kostenbeteiligung für Familienbad- und Strandmitbenutzung sowie der Kostenüber- bzw. Kostenunterdeckung nach Absatz 3. Die Ausgleichszahlung wird zu Gunsten der Gebergemeinden auf volle eintausend Euro abgerundet.

(6) Nähere Einzelheiten der Berechnung lassen sich den vom Amt Föhr-Amrum verfassten „Erläuterungen zum finanziellen Ausgleich für inselweit wirkende Tourismusaufwendungen auf Föhr“ vom 21.03.2017 entnehmen, die hiermit zum Bestandteil dieses Vertrages erklärt werden.

§ 3

Vorauszahlungen auf die Ausgleichszahlung

Von den Gemeinden sind jährlich Vorauszahlungen auf die Ausgleichszahlung an die Stadt in folgender Höhe zu leisten:

Alkersum	28.000 €
Borgsum	37.000 €
Dunsum	24.000 €
Midlum	25.000 €
Nieblum	88.000 €
Oevenum	28.000 €
Oldsum	72.000 €
Süderende	13.000 €
Utersum	189.000 €
Witsum	8.000 €
Wrixum	61.000 €
Gesamtbetrag	573.000 €

§ 4

Spitzabrechnung der Ausgleichszahlung

(1) Zum 15. September eines jeden auf das Ausgleichsjahr folgenden Jahres (Berechnungstichtag) ist eine Spitzabrechnung der Ausgleichszahlungen durchzuführen. Dabei sind die ggf. aktualisierten Abschlusswerte und die Höhe der tatsächlich im Ausgleichsjahr erzielten Einnahmen aus Kurabgaben entsprechend § 2 Abs. 3 anzusetzen.

(2) Ergibt sich für eine Gemeinde zwischen der in § 3 festgelegten Vorauszahlung und der Spitzabrechnung nach Absatz 1 eine Abweichung von mehr als eintausend Euro, so ist diese entsprechend der Vorgehensweise nach § 2 Abs. 4 abzuwickeln.

(3) Mit der Leistung der Ausgleichszahlung sind die Zahlungsverpflichtungen aus den Verträgen vom 30.07.2015 für Familienbad- und Strandmitbenutzung abgegolten.

(3) Die jeweiligen Vorauszahlungen auf die Ausgleichszahlung (§ 3) und der Spitzabrechnungsbetrag nach Absatz 1 verstehen sich als Nettobeträge. Zusätzlich ist noch jeweils die gesetzliche Umsatzsteuer (derzeit 19%) von den Gemeinden zu zahlen.

§ 5 Fälligkeit

(1) Die in § 3 genannten Vorauszahlungen auf die Ausgleichszahlung sind von den Gemeinden jeweils zu einem Viertel am 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember eines jeden Jahres an die Stadt zu zahlen.

(2) Eventuelle Spitzabrechnungsbeträge nach § 4 Abs. 1 sind am 1. Dezember des Abrechnungsjahres zur Zahlung fällig und auszugleichen.

§ 6 Unwirksamkeit von Bestimmungen

(1) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages nichtig sein oder werden, oder sollte der Vertrag unvollständig sein, so werden hiervon die übrigen Bestimmungen nicht berührt.

(2) Die Vertragspartner verpflichten sich im Falle des Absatzes 1, die nichtigen Bestimmungen durch rechtlich und wirtschaftlich gleichwertige Regelungen zu ersetzen. Im Falle der Unvollständigkeit soll eine angemessene Regelung vereinbart werden, die dem am nächsten kommt, was die Vertragspartner gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt haben würden.

(3) Die Vertragspartner verpflichten sich, stets so zusammenzuwirken, dass der Vertragszweck gesichert ist. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn sich die Grundlagen dieser Vereinbarung ohne Verschulden der Vertragspartner so geändert haben, dass es einem der Vertragspartner auch unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen nicht mehr zumutbar ist, an dem jetzigen Inhalt der Vereinbarung festzuhalten.

§ 5 Dauer des Vertragsverhältnisses, Kündigung und Änderungen

(1) Dieser Vertrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2017. Er kann mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten jeweils zum Jahresende, erstmals zum 31.12.2018, gekündigt werden. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung, insbesondere wegen Verletzung wesentlicher Vertragsbestimmungen, bleibt unberührt.

(2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

Wyk auf Föhr, den ...